

Gemeinde Mainhausen, Donnerstag, 2. August 2018

## Meinungsaustausch mit den Landwirten im Rathaus

### Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf gemeindeeigenen Flächen

Zu einem Meinungsaustausch trafen sich dieser Tage Bürgermeisterin Ruth Disser, Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung und Landwirte des Umkreises im Rathaus Mainflingen. Wie bereits berichtet hat die Gemeindeverwaltung bereits Ende letzten Jahres den Bewirtschaftern gemeindeeigener Flächen mitgeteilt, dass beabsichtigt sei, den Einsatz von Glyphosat zukünftig über entsprechende Auflagen in den Pachtverträgen auszuschließen.

Gleichzeitig wurden die Landwirte und Gärtner aufgefordert, zunächst mitzuteilen, ob bei der Bewirtschaftung überhaupt noch Glyphosat zur Anwendung kommt und ggf. in welchem Umfang. Aus den Rückmeldungen wurde deutlich, dass Glyphosat von den Gärtnern überhaupt nicht und von den Landwirten nicht regelmäßig, sondern nur bei dringendem Bedarf zur Bekämpfung von Problemunkräutern eingesetzt wird. Später wurde noch ergänzt, dass die vorgesehene Klausel in den Pachtverträgen noch dahingehend konkretisiert werden soll, dass auch der Einsatz sonstiger Pflanzenschutzmittel nur im Ausnahmefall zugelassen werden soll.

Die Landwirte in Mainhausen und Umgebung baten daraufhin um ein Gespräch, das im Rathaus Mainflingen stattfand. Bürgermeisterin Ruth Disser machte dabei deutlich, dass es ihr in erster Linie um Transparenz gehe, da landwirtschaftlich genutzte Flächen zum Teil direkt an Wohngebiete angrenzen und besorgte Bürger zu Recht um Auskunft bitten, welche Pflanzenschutzmittel zu welchem Zweck eingesetzt werden. „Ich erwarte deshalb“, so Bürgermeisterin Ruth Disser, „dass mir die Landwirte diese Informationen vorher an die Hand geben, damit ich besorgten Bürgern entsprechend antworten und eine Gefährdung ausschließen kann“.

Alle Beteiligten kamen deshalb überein, dass ein entsprechender Informationsaustausch zukünftig erfolgen soll. Die Landwirte erklärten, dass sie ohnehin zu einer entsprechenden Dokumentation gegenüber der Landwirtschaftsverwaltung verpflichtet sind. Diese Dokumentation ist allerdings sehr umfangreich und komplex. Dazu kommen noch tägliche Informationen und Empfehlungen des staatlichen Pflanzenschutzdienstes. Derart umfangreiche Informationen sind für die Gemeindeverwaltung natürlich nicht erforderlich.

Man verständigte sich deshalb darauf, dass von Seiten der Landwirte zunächst schon am Jahresanfang die bereits absehbaren für die jeweilige Fruchtfolge in jedem Fall erforderlichen Pflanzenschutzmittel mitgeteilt werden. Wird der Einsatz zusätzlicher Mittel im Jahresablauf erforderlich, wird die Gemeinde kurzfristig per E-Mail informiert. Weiterhin kam von Seiten der Landwirte der Vorschlag, vermehrt Zwischenfrüchte anzubauen, um den Boden nach der Ernte bedeckt zu halten, damit Unkräuter unterdrückt werden und der Einsatz von Glyphosat entweder überhaupt nicht oder nur in stark vermindertem Umfang notwendig wird.